

## Die Eigentumsfrage bei den Grünen

Im Gründungsprozess der grünen Partei an der Wende von der 70er zu den 80er Jahren fanden sich nicht nur Menschen aus Lebens-, Natur- und Umweltschutzverbänden, aus der Friedens- und Menschenrechtsbewegung, aus der autonomen Frauenbewegung, aus Dritte-Welt-Gruppen und verschiedenen Bürgerinitiativen zusammen, sondern auch Aktivisten verschiedener K-Gruppen und radikale Linke, die *Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher* (AUD), die *Aktion 3. Weg* (A3W), die rechtsradikale *Volksbewegung für Vernunft und Verantwortung* (VJV) oder von der Politik der etablierten Parteien enttäuschte ehemalige Mitglieder von CDU, SPD und FDP. Die neue Partei schillerte in allen Farben des politischen Regenbogens. Was die Mitglieder der grünen Partei einte, war eher die Gegnerschaft zum Bestehenden als ein konstruktives Zukunftsprogramm.

Offenbar fand sich die überwiegende Mehrheit der Grünen mit ihren eigenen Vorstellungen unter dem Dach eines dritten Weges, wie er insbesondere von der *Aktion 3. Weg* propagiert wurde, am besten aufgehoben.<sup>1</sup> Im Saarbrücker Bundesprogramm von 1980 wurde in diesem Sinne die Gegnerschaft zu den sogenannten Industriegesellschaften in West und Ost propagiert, eingeschlossen die Ablehnung der in ihnen herrschenden Eigentumsverhältnisse: „Sowohl aus der Wettbewerbswirtschaft als auch aus der Konzentration wirtschaftlicher Macht in staats- und privatkapitalistischen Monopolen gehen jene ausbeuterischen Wachstumszwänge hervor, in deren Folge die völlige Verseuchung und Verwüstung der menschlichen Lebensbasis droht.“<sup>2</sup> Und die Grünen gaben ihrer Überzeugung Ausdruck, „dass der Ausbeutung der Natur und des Menschen durch den Menschen entgegengetreten werden muss, um der akuten und ernststen Bedrohung des Lebens zu begegnen“<sup>3</sup>.

In ihrem Saarbrücker Bundesprogramm traten die Grünen für ein Wirtschaftssystem ein, das sich an den Lebensbedürfnissen der Menschen und zukünftigen Generationen, an der Erhaltung der Natur und am sparsamen Umgang mit natürlichen Reichtümern orientieren sollte. Diese Ziele sahen sie am ehesten in dezentralen und überschaubaren Produktionseinheiten gewährleistet. Daher forderten sie: „Die Großkonzerne sind in überschaubare Betriebe zu entflechten, die von den dort Arbeitenden demokratisch selbstverwaltet werden (und zwar mittels Wirtschafts- und Sozialräten – J.W.). Kleine, mittlere und vor allem alternative Betriebe sind zu erhalten, einzurichten und zu fördern.“<sup>4</sup>

Der Stoß der Grünen richtete sich also gegen das große Eigentum, das Monopoleigentum an Produktionsmitteln und Ressourcen in den Hochburgen des Kapitals und gegen das Staatseigentum in den Ländern des sogenannten real existierenden Sozialismus.

Die im Saarbrücker Bundesprogramm von 1980 zu spürende Begeisterung für kleine und vor allem alternative Unternehmen schwand in der ersten Hälfte der 80er Jahre relativ rasch und machte angesichts der allenthalben konstatierten „Selbstaussbeutung“ in diesen Unternehmen einer gewissen Ernüchterung Platz. Im sogenannten Umbauprogramm der Grünen von 1986 wurde zwar einerseits den Alternativprojekten „bei allen Mängeln“ Unterstützung zugesichert, andererseits aber eingeräumt: „Für die große Mehrheit der arbeiten-

---

<sup>1</sup> Vgl. Rudolf van Hüllen: Ideologie und Machtkampf bei den Grünen. Untersuchung zur programmatischen und innerorganisatorischen Entwicklung einer deutschen „Bewegungspartei“, Bonn 1990, S. 87 und 93.

<sup>2</sup> Die Grünen: Das Bundesprogramm, Bonn (1980), S. 5.

<sup>3</sup> Ebenda, S. 4.

<sup>4</sup> Ebenda, S. 7.

den Menschen können Alternativprojekte jedoch kein Ausweg aus den Problemen ihres entfremdeten Erwerbslebens sein.<sup>5</sup> Deshalb sei es notwendig, die Strukturen sämtlicher Organisationen des Erwerbsarbeitsbereichs zu verändern. Selbstbestimmung der Belegschaften sei nur möglich, wenn neue Unternehmensformen entwickelt und durchgesetzt würden, in denen die Beschäftigten völlige Meinungs- und Koalitionsfreiheit hätten und die Unternehmensleitung wählen, abwählen und kontrollieren könnten.<sup>6</sup>

Im Umbauprogramm von 1986 finden sich denn auch die deutlichsten Positionen der Grünen zur Eigentumsfrage. Hier erteilte die Parteimehrheit fundamentaloppositionellen Konzeptionen eines „Ausstiegs aus der Industriegesellschaft“ eine klare Absage und erklärte, einen Prozess einleiten zu wollen, „der die industriekapitalistische Wirtschaftsweise schrittweise überwindet“<sup>7</sup>. Die Grünen strebten an, die Macht der multinationalen Konzerne zu brechen, und forderten „Schritte in Richtung ‚Demokratisierung und Dezentralisierung‘ multinationaler Unternehmen“.<sup>8</sup> Konzerne (Produktions- und Vertriebskonzerne, Großbanken) seien „so weit wie möglich in überschaubare und kontrollierbare Bereiche zu entflechten“.<sup>9</sup> Die Grünen wollten Produktionsmittel und Banken in „neue gesellschaftliche Formen des Eigentums“ überführen, wobei sie diese Eigentumsformen nicht konkretisierten, sondern nur negativ definierten: „Die bekannten Formen der Verstaatlichung lehnen wir ab, da sie keine basisdemokratische Kontrolle ermöglichen.“<sup>10</sup> Die Vorstellung der Grünen blieben so auch damals in etwas nebelhafter Undeutlichkeit.

Konkreter waren Thomas Ebermann und Rainer Trampert, die Exponenten des zu der Zeit relativ einflussreichen ökosozialistischen Flügels in den Grünen, Mitte der 80er Jahre in ihrem Buch „Die Zukunft der Grünen“. Die beiden Ökosozialisten betonten, dass die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit, die in der Gegenwart vor sich gehe, offensichtlich mit den inneren Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus, mit dem kapitalistischen Profitsystem, zu tun habe und dass man den Kapitalismus daher überwinden müsse.<sup>11</sup> Beide Autoren sprachen sich in diesem Kontext unzweideutig für die „Überwindung des Privateigentums an den Produktionsmitteln“ aus,<sup>12</sup> meinten jedoch, dass die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln entschieden an Bedeutung verlieren würde gegenüber der Aufgabe, die stoffliche Struktur der Produktion entscheidend zu verändern und davon ausgehend ein anderes Konsumtionsmodell und ein anderes Bedürfnissystem zu entwickeln. An die gravierenden Umweltprobleme in den osteuropäischen Ländern anknüpfend, konstatierten die Verfasser in ihrem Buch, die als „real existierender Sozialismus“ bezeichnete Gesellschaftsordnung bewiese, „dass eine bestimmte Überwindung des Kapitalismus, die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln, keine Lösung der Krise der äußeren Natur erbringt“<sup>13</sup>. Was Ebermann und Trampert vorschweb-

---

<sup>5</sup> Umbau der Industriegesellschaft. Schritte zur Überwindung von Erwerbslosigkeit, Armut und Umwelterstörung, als Programm verabschiedet von der Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen in Nürnberg (26.-28. September 1986), Bonn 1986, S. 11.

<sup>6</sup> Einige grüne Ideologen erblickten damals solche neue Formen des Eigentums in Genossenschaften (zum Teil mit staatlichen Kapitalanteilen ohne staatliche Verfügungsgewalt) oder in Kommunalbetrieben, wobei kleineren und mittleren Betrieben mit einer „nicht profitorientierten Struktur“ der Vorzug gebühren sollte.

<sup>7</sup> Umbau der Industriegesellschaft, a.a.O., S. 9.

<sup>8</sup> Ebenda, S. 109.

<sup>9</sup> Ebenda, S. 11.

<sup>10</sup> Ebenda, S. 11.

<sup>11</sup> Thomas Ebermann, Rainer Trampert: Die Zukunft der Grünen. Ein realistisches Konzept für eine radikale Partei, Hamburg 1984, S. 209.

<sup>12</sup> Ebenda, S. 240.

<sup>13</sup> Ebenda, S. 194.

te, war eine „selbstbestimmte“, „egalitäre Gesellschaft, die den Reichtum der wenigen abschafft und gerecht verteilt“.<sup>14</sup>

Noch im Programm zur Bundestagswahl 1990 erklärten die Grünen angesichts der Versuche der Herrschenden, aus dem Scheitern des „real existierenden Sozialismus“ in Mittel- und Osteuropa „eine neue Legitimation für unsere kapitalistischen Wirtschaftsstrukturen als der besten aller möglichen Welten“<sup>15</sup> zu ziehen: „Wir brauchen eine umfassende Umgestaltung der Gesellschaft, ein neues Modell von Vergesellschaftung, in dem die Menschen im Einklang mit der Natur leben und wirtschaften, in dem sich freie Subjektivität mit solidarischem Gemeinsinn verbindet, in dem materielle Sicherheit und gleiche demokratische Rechte für jedermann und jedefrau zur Wirklichkeit werden.“<sup>16</sup> Die ökologische Selbstzerstörung müsse aufgehalten werden. Eine neue Form des Produzierens müsse gefunden werden, die die Vorzüge des Marktes in der Versorgung mit einer strukturellen Rahmenplanung verbindet.<sup>17</sup>

Nach der Wahlniederlage der Grünen bei der Bundestagswahl im Dezember 1990 erhielt in den innerparteilichen Auseinandersetzungen die Realo-Strömung Auftrieb. Radikale Linke wie Thomas Ebermann und Rainer Trampert verließen die Grünen. Und im Frühsommer 1991 organisierte Jutta Ditfurth den kollektiven Auszug der RadikalökologInnen, ÖkosozialistInnen, Feministinnen und ÖkoanarchistInnen aus der grünen Partei. Die gemäßigte Linke fand sich plötzlich am äußersten Rand der Öko-Partei wieder, und das politische Koordinatensystem der Grünen verschob sich nach rechts. Diese Veränderungen korrespondierten mit einem gewaltigen personellem Umschlag in der Partei im Verlauf der 90er Jahre. Viele Mitglieder aus den Anfangsjahren kehrten in diesem Zeitraum den Grünen enttäuscht den Rücken. Mehr als die Hälfte der heutigen Mitglieder ist – bei annähernd gleichgebliebener Gesamtmitgliederzahl – erst nach 1990 in die Partei eingetreten und hat neue Wertorientierungen und Lebenserfahrungen mitgebracht, die zum Teil auch neoliberalen Ideen einen Nährboden bieten. Das „Grüne Trio Neoliberale“ – Oswald Metzger, Christine Scheel, Margareta Wolf – findet hier seinen Rückhalt. Demgegenüber ist die kritische Parteilinke marginalisiert und zerstritten. Und bei den Befürwortern des gegenwärtigen Kurses der Partei treffen sich Realos mit Regierungslinken, denen das Bestreben gemeinsam ist, sich nicht wieder aus der Regierung verdrängen zu lassen – insbesondere nicht mit Positionen, die den Rahmen der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung in Frage stellen.

Vor diesem Hintergrund ist es sicher nicht verwunderlich, dass sich der neue Grundsatzprogramm-Entwurf der Grünen vom Sommer dieses Jahres wie ein Regierungsprogramm für die nächsten zwei Legislaturperioden liest. Der Programmentwurf verzichtet auf explizit kapitalismuskritische Momente und lässt über den Rahmen der bestehenden Ordnung hinausgehende gesellschaftspolitische Visionen vermissen. Hatte der Frankfurter Stadtverordnete und Literaturprofessor Micha Brumlik auf dem Strategiekongress der Grünen 1996 in Hannover noch gefordert, über Kommunismus wieder zu diskutieren, und vorgeschlagen, bestimmte Bereiche der Gesellschaft wie Bildung, Gesundheit oder Wohnen dem Markt zu entziehen,<sup>18</sup> verlassen die Grünen heute den Boden der kapitaldominierten Gesellschaft nicht einmal im Geiste. Im Programm-Entwurf liest man lediglich: „Wir wollen

---

<sup>14</sup> Ebenda.

<sup>15</sup> Die Grünen: Bundestagswahl 1990. Das Programm, Bonn 1990, S. 5.

<sup>16</sup> Ebenda, S. 6.

<sup>17</sup> Ebenda.

<sup>18</sup> Vgl. Jochen Weichold: Mehr Fragen als Antworten. Zum Strategiekongress von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN „Perspektiven grüner Wirtschafts- und Sozialpolitik“. In: Disput, Berlin, 1996, Nr. 11, S. 32.

unser Wirtschaftssystem zu einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft weiterentwickeln...“<sup>19</sup>

Propagierten allerdings die grünen Programme der 80er und 90er Jahre gemäß dem Motto „Global denken, lokal handeln“ Veränderungen der gesellschaftlichen Verhältnisse im nationalen Rahmen, versucht der Programm-Entwurf von 2001, die Globalisierungsprozesse zu berücksichtigen, und befürwortet in diesem Kontext „eine enge wirtschafts- und finanzpolitische Kooperation auf internationaler Ebene, die Weiterentwicklung internationaler Institutionen sowie verbindlicher Regeln und Standards für Finanztransaktionen, Handel und Investitionen“<sup>20</sup>. Die Zurücknahme des Visionären ist so sicher nicht nur der Überlegung geschuldet, die Regierungsteilhabe nicht durch das Aufstellen von Forderungen zu gefährden, die der Öffentlichkeit allzu abgehoben von der Realität vorkommen könnten, sondern auch der Unsicherheit darüber, was denn in einer globalisierten Welt einerseits und angesichts der Vertiefung der europäischen Integration andererseits überhaupt noch (programmatisch) im Alleingang im nationalen Rahmen geregelt werden kann. Das betrifft nicht zuletzt auch die Frage nach den Eigentumsverhältnissen.

Im Entwurf für das neue Grundsatzprogramm wird ausdrücklich auf die „Sozialpflichtigkeit des Eigentums, wie sie im Grundgesetz verankert ist,“<sup>21</sup> abgehoben. Zwar wird im Programm-Entwurf die Notwendigkeit einer „gerechten Eigentumsordnung“ betont,<sup>22</sup> jedoch nicht näher definiert, wie diese aussehen soll. Es heißt lediglich: „Wir unterstützen den gemeinwohlorientierten, genossenschaftlichen und selbstverwalteten Sektor unserer Wirtschaft, weil Formen sozialen Eigentums, die sich nicht ausschließlich am Gewinnprinzip orientieren, auf andere Weise zum gesellschaftlichen Wohlstand beitragen.“<sup>23</sup> Bündnis 90 / Die Grünen sprechen sich sodann für „politische Initiativen zur Beteiligung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern am Unternehmenserfolg und am Produktivvermögen als Ansätze für die Weiterentwicklung der wirtschaftlichen Teilhabe“<sup>24</sup> aus. Eine gewisse Analogie dieser Vorstellungen zu denen von SPD oder CDU ist augenfällig.

Auch in der veränderten Haltung der Grünen zum Eigentum zeigt sich also der tendenzielle Wandel der Schrägstrich-Partei zu einer linksliberalen, linksbürgerlichen Regierungspartei, die im westdeutschen postmateriellen Milieu verankert ist. Lediglich die Liberalsozialen in den Grünen, im Unterschied zur Gründungszeit der Partei heute eine völlig marginalisierte Gruppierung, monieren in einem Antrag zum bündnisgrünen Grundsatzprogramm, dass der Entwurf im Teil Wirtschaft keine Kritik des gegenwärtigen Systems als Kapitalismus enthält. Und sie warnen: „Wird der Entwurf ohne Kritik des Kapitalismus ... von der BDK angenommen, so löscht sich unsere Partei im Sinne der Gründungsgrundsätze ökologisch, sozial, basisdemokratisch und gewaltfrei nun auch programmatisch aus und wird eine systemangepasste Partei, die allenfalls den Kapitalismus noch ökologisch und sozial verschönen kann ...“<sup>25</sup>

Berlin, 14. Dezember 2001

---

<sup>19</sup> grün2020 – Entwurf für das Grundsatzprogramm von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, [Berlin] 2001, S. 22.

<sup>20</sup> Ebenda, S. 28.

<sup>21</sup> Ebenda, S. 22.

<sup>22</sup> Vgl. ebenda, S. 23.

<sup>23</sup> Ebenda, S. 24.

<sup>24</sup> Ebenda.

<sup>25</sup> Antrag zum bündnisgrünen Grundsatzprogramm zur Befreiung einer ökologischen und sozialen Marktwirtschaft vom Kapitalismus – ein DRITTER WEG auch zum Ex-Sozialismus, der eher Staatskapitalismus war, Flugblatt, o. O. [2001].